

Bezugpreis: Vierteljahr 1.50 M., monatlich 0.50 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: 10 Zeilen pro Woche ...

Zeitung für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 13. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Jagows Helfershelfer.

F. Kl. Leipzig, 13. Dezember.

Jagows Spezialgehilfe, der Polizeireferent Doyé, ist einer jener vertappten Unschuldslämmer, denen bitteres Unrecht geschehen ist...

General Maercker, der vielgenannte damalige Kommandeur in Dresden, hat bekanntlich von Dresden aus den Versuch unternommen, die Kappisten zum Rücktritt zu veranlassen...

Weiter wurde heute Ministerialdirektor Meister vernommen, den Jagow hatte verhaften lassen, weil er die Beamten aufgefordert hatte, der alten Regierung die Treue zu halten...

Zu Beginn der heutigen Verhandlung gab R. A. Grünspach Berlin namens der Verteidigung folgende Erklärung ab: Am 'Acht-Uhr-Abendblatt' von gestern Abend findet sich die fettgedruckte Ueberschrift 'Reichsminister Schiffer des Reiches beschuldigt'...

hardt mitgeteilt worden? — Zeuge: Ich glaube wohl, denn der Alarmbefehl galt ja für die ganze Garnison Groß-Berlin, also auch für Döberitz. Mündlich war allerdings dem Befehl hinzugefügt, daß die Brigade Ehrhardt etwas plane...

Auf Befragen des Oberreichsanwaltes bekundet dann der Zeuge weiter, daß

am Abend des 12. März

General v. Hülsen und Major v. Bock mit ihm über seine Absichten gesprochen haben. Er, der Zeuge, habe sich der Ansicht Hülsens angeschlossen, daß ein Zusammenstoß zwischen den Truppen ein großes Unglück bedeuten würde...

Der nächste Zeuge, Oberregierungsrat Dr. Doyé, war früher im Preussischen Ministerium des Innern. Er betont zunächst, daß er zu Herrn v. Jagow auf Grund seines siebenjährigen Zusammenarbeitens — v. Jagow als Polizeipräsident war Vorgesetzter Doyés — in einem freundschaftlichen Verhältnis gestanden habe...

Wirth für die Kreditvereinigung.

Im Reparationsauschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, der über die Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe (Antrag Hachenburg) verhandelt, ergriff der Reichsanwalt das Wort, um in einer vertraulichen Aussprache einen Ueberblick über die gegenwärtige politische Lage zu geben...

Die Ausführungen des Reichsanwalt hinterließen bei den zahlreichen verammelten Vertretern des deutschen Gewerbes einen starken Eindruck, der sich durch lebhaften Beifall äußerte. Der Auschuß trat darauf in die sachliche Beratung ein.

Umschwung auf dem Devisenmarkt?

Die Börsenspekulation atmet erleichtert auf. Die Baiffe am Devisenmarkt scheint ihr Ende erreicht zu haben. Der Dollar setzte mit 174 ein und stieg bis zur Mittagssunde auf 180. Der Markt zeigte eine sehr feste Tendenz, so daß mit einer weiteren Erholung zu rechnen ist...

Süres Weihnachtsfest der Märzopfer.

Auf unsere Bitte, für die Familien der Märzopfer eine kleine Weihnachtsbesonderheit zu bereiten, gingen bisher weiter ein: Verlag Vorwärts 500,—, Redaktion Vorwärts, 2. Rate, 200,—, Soziald. Parlamentsdienst, 2. Rate, 80,—, Angestellte der Innungs-Krankenkasse der Tischler 229,—, D. B. 20,—, Summa 1029 M. Insgesamt 5369.

Zahlungen werden auf Postcheckkonto 37536, Vorwärtsverlag G. m. b. H., unter dem Kennwort 'Märzopfer', in der Expedition des 'Vorwärts', Laden, Lindenstr. 3, im Sekretariat des 'Vorwärts', Sekretariat der SPD, Reußstr. 2, oder in der Expedition des 'Vorwärts', Reußstr. 2, und Steinfriedstr. 28/29, angenommen. Die Driftungen werden täglich veröffentlicht.

Genossinnen, Genossen! Gebt, was Ihr könnt, vor allem aber gebt taß!

Hochverräter Ludendorff.

Von Erich Kuttner.

Der Generalquartiermeister a. D. Erich Ludendorff ist des vollendeten Hochverrats überführt.

Muß man das in solcher Schroffheit sagen? Ja, man muß es sagen. Denn das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit, obwohl es den Jagow-Prozess vor dem Reichsgericht mit Aufmerksamkeit verfolgt, hat immer noch nicht begriffen, daß dies das klarste und wichtigste Ergebnis der drei ersten Verhandlungstage ist.

Vieles trägt freilich dazu bei, die Erkenntnis zu verschleiern. Wenn das Reichsgericht die Herren v. Jagow, v. Wangenheim und Dr. Schiele auf die Anklagebank setzt, Herr Ludendorff aber an den Zeugenisch lößt, so wird durch diese unterschiedliche Behandlung von vornherein die Illusion geweckt, als müßten die drei Männer auf der Anklagebank doch viel schwerer belastet sein als der außer Verfolgung gebliebene Zeuge.

Weitere Momente verstärken die Illusion: Der Oberreichsanwalt beantragt, die Verteidigung des gedächtnischwachen Zeugen v. Dewitz wegen dringenden Verdachts der Mithäterchaft auszusetzen; das Gericht selbst beschließt, einen feststen ostbayerischen Großagrarien und einen sich dummstellenden Kapp-Leutnant aus dem gleichen Rottis nicht zu verurteilen — bei Ludendorff wird die Frage der Verteidigung überhaupt nicht berührt. Woraus das unkritische Publikum folgert: es kann also gegen Ludendorff auch nur ein Verdacht nicht vorliegen.

In Wirklichkeit liegt die Sache so: Reichsrichter und Reichsanwälte sind in der Anbetung des Namens Ludendorff so befangen, daß sie jeden Gedanken an ein strafrechtliches Verschulden ihres Böls von vornherein als ein 'Mergernis' ablehnen. Es wäre falsch, zu sagen: sie wollen nicht hinschauen. Nein, sie können nicht hinschauen. Eine innere Macht zwingt sie, ihre Augen von den Dingen abzumenden, deren Anblick ihr seelisches Gleichgewicht erschüttern würde.

Wir wissen ja, wie die Gloriole gemacht wurde. Mit den 'kleinen Geschichtslügen', die Schiele seinem Freund Schnitzler in seinem Briefe vorschlug: Dem Volk muß der Glauben an den unerschütterlichen Freundschaftsbund Hindenburg-Ludendorff erhalten bleiben, weil es solche Vorstellungen liebt. Deshalb lieber ein Kapitel aus Ludendorffs Buch unterdrücken, das Hindenburgs Feldherrnrum schmälern könnte, als die Illusion vom 'Freundschaftsbund' antasten! — Und wie diese Illusion, so werden tausend andere gezeugt. Einem Mann, der eine große, aber ganz einseitig strategische Begabung mitbringt, werden hundert Tugenden angeblüht, die er nie besessen hat. Medizinische Fakultäten ernennen ihn zum Dr. med., technische Hochschulen zum Dr.-Ing., seine stolpernden Behauptungen auf politischem Boden werden von einer dienstbeflissenen Presse als Musterleistungen gerühmt. Das ist ja schließlich nicht schwer in einem Volke, das sich dreißig Jahre lang hat einreden lassen, daß sein halbverrätter Kaiser eine geniale Persönlichkeit gewesen sei.

Wer mit Hilfe der Schiele-Schnitzlerischen 'kleinen Geschichtslügen' sich einen Ideal-Ludendorff zurechtgehämmert hat, der kann den wirklichen Ludendorff nicht sehen. Der wirkliche Ludendorff aber stellt sich uns folgendermaßen dar: Seine ständigen Berater in den Tagen seit der Revolution — zum Teil vorher — sind Oberst Bauer, Hauptmann Babst und Dr. Schnitzler, drei Verschwörernaturen, wie sie im Buch stehen. Diese drei Intimen Ludendorffs sind zurzeit alle drei als Haupturheber des Kapp-Unternehmens flüchtig. Es steht fest, daß sie seit Monaten und aber Monaten Staatsstreichpläne geschmiedet, zu Papier gebracht, geschäftig vorbereitet haben. Ludendorff aber soll das Treiben seiner Getreuen fremd geblieben sein?

Befonders frappant ist die Intimität zwischen Ludendorff und Hauptmann Babst, der uns durch die Geschichte der Gardebrigadendivision seit Januar 1919 als kalblütiger politischer Intrigant entgegentritt. Babst gründete für seine Zwecke die 'Rationale Vereinigung', deren Bureau im Hause des Angeklagten Schiele eingerichtet wird (purer Zufall natürlich). In diesem Bureau wird aber auch (wieder purer Zufall!) die gesamte Korrespondenz Ludendorffs durch Hauptmann Babst erledigt, weil Herr Ludendorff, der arme Willensbesitzer, sich einen Sekretär nicht halten konnte!

Auch mit Kapp ist Ludendorff seit langem bekannt, er hat mit ihm oft und eingehend konferiert, sogar Kapp zu diesem Zweck in seiner Wohnung aufgesucht. Man könnte als harmloser Zuschauer eine neue Seltsamkeit des Zufalls darin sehen, daß Ludendorff mit fast jedem einzelnen Hauptbetteiligten des Staatsstreichs bestens bekannt war und in politischem Gedankenaustausch gestanden hat.

Anfang 1920 wird im Hause Victoriastr. 20, dem Berliner Bureau Kapps, fieberhaft beraten. Kapp legt den Termin zum Ausschlagen auf Anfang März fest. Das Geheimnis bleibt nicht gewahrt, andere erfahren davon. Und nun fühlt sich — in einem uns erhalten gebliebenen Brief — ein Teilnehmer der Beratungen, Herr v. Dewitz, veranlaßt, Luden-

dorf eindringlich zu warnen, daß er sich nicht dem Zugriff der Polizei ausliege, daß er mehr hinter den Kulissen wirken möchte. Dort könne er der gemeinsamen Sache ebenso nützen. Warum die Warnung vor der Polizei? Unschuldige bedürfen keiner Warnung.

Indizien, wird man bis hierher sagen, schwere Indizien, doch noch keine durchschlagenden Beweise. Aber die kommen jetzt. Am Tage des Beschlusses, am 13. März, waren alle Verschworenen auf 6 Uhr ans Brandenburger Tor bestellt. „Auf Tod und Leben“, wie es hieß. Pünktlich finden sich alle zur ungewohnt frühen Stunde ein. Rapp ist da, Jagow ist da, Falkenhäuser ist da, Bang ist da — und auch Ludendorff ist da! Warum war man zusammengekommen? Um sofort beim Einmarsch der Brigade Ehrhardt die Regierung zu übernehmen. Wem will Ludendorff weismachen, daß er aus einem anderen Motiv dagewesen sei? Das Reichsgericht hat nicht den Mut aufgebracht, gegen Ludendorffs lächerliche, schuldungenhafte Ausreden zu protestieren. Wer unbefangenen „kleinen Geschichtslügen“ denken kann, für den ist das Erscheinen Ludendorffs zum Appell der Verschwörer eindeutig.

Nach seiner eigenen Aussage hat Ludendorff an fast allen sogenannten „Kabinettsitzungen“ unter Rapp teilgenommen. Obwohl ihn das grenzenlose Durcheinander, das geschäftige Treiben der Stellenjäger so sehr anwiderte, daß er bekannte, „selten etwas so Unschönes gesehen zu haben“, hat Ludendorff doch bis zum Schluß durchgehalten. Eine rührende Anhänglichkeit! Aber auch eine glatte Unterstützung des Hochverrats. Mag der Rat, den Ludendorff erteilte, als solcher für die Rappisten wertlos gewesen sein — die Tatsache, daß Ludendorff zu Rapp hielt und ihn mit einer Person unterstützte, mußte für das Gelingen des Unternehmens als bedeutsamer Faktor erscheinen. Die Unterstützung des Unternehmens durch Ludendorff war geeignet, sowohl die eigenen Anhänger Rapps zu ermutigen wie große Teile des Bürgertums, für die der Name Ludendorffs alles bedeutete, auf Rapps Seite zu ziehen.

Und als am 17. März Ludendorff, das Scheitern der Sache erkennend, sich durch Rückzug decken will, da schickt ihm einer der Verschworenen einen lebenden Brief: „Ergötzen Sie die Pläne des Unternehmens gekannt und gebilligt. Ihrer Ergötzen dürfen uns jetzt nicht im Stich lassen.“ Aber der Held der blauen Brille verließ zum zweitenmal seine Sache, die unter seiner Führung zusammengebrochen war.

Fassen wir zusammen: Ständig umgeben von den drei Hauptkappisten Bauer, Babst und Schnigler, in dauernder Fühlung mit Rapp selber, u. a. in seiner Korrespondenz bedient durch die Nationale Vereinigung, noch vor dem Putsch gewarnt durch Herrn v. Dewitz, am 13. März morgens pünktlich am Brandenburger Tor, in allen Kabinettsitzungen zugegen, zum Schluß als ein von Anfang an Eingeweihter zum Ausscharen beschworen — und noch immer kein Hochverräter?

Rein, so scharf und laut als möglich muß es ausgesprochen werden: der Generalquartiermeister a. D. Erich Ludendorff ist des vollendeten Hochverrats überführt und schuldig.

Psychopathische Patrioten.

Die Zeiten sind glücklich vorbei, in denen Herr André Besdore seine Hirngespinnste widerspruchslos der beifallstafelnden Deputiertenkammer vortragen konnte. In den ersten zwei Jahren nach dem Waffenstillstand herrschte gegen Deutschland bis weit in die Kreise der französischen Arbeitererschaft ein so tiefes Mißtrauen, daß fast niemand es wagte, den „Enthüllungen“ Besdores über geheime deutsche Rüstungen und Revanшевorbereitungen mit der Sprache des gesunden Menschenverstandes entgegenzutreten. Seitdem sind dank der häufigeren Fühlungnahme zwischen Vertretern der französischen und der deutschen Arbeitererschaft die in der ersten Nachkriegszeit noch bestehenden Mißverständnisse beseitigt worden, und die auf Studienreisen durch Deutschland gemachten Wahrnehmungen geben unseren französischen Ge-

nossen die Möglichkeit, jenen heftigen Querulanten wie André Besdore mit persönlichen Eindrücken und positiven Tatsachen gebührend zu antworten. Es darf als ein wertvolles Zeichen der Wiederbelebung des internationalen Gedankens festgestellt werden, daß die französischen Genossen von dieser Möglichkeit der Entgegnung diesmal in einer Weise Gebrauch machten, die uns eigentlich die Rüge einer eigenen Stellungnahme zu der neuesten Leistung Besdores abnimmt. Voran möchten wir die offizielle Rundgebung des Verwaltungsrates des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes (CGT.) stellen, die uns bisher nicht im Wortlaut vorliegt, die aber, einem Pariser Telegramm zufolge, mit aller Schärfe die Märchen des ehemaligen Kriegsministers im Kabinett Millerand zurückweist und das Zusammenwirken mit den deutschen freien Gewerkschaften als die Bürgschaft des Friedens preist. Dem Verwaltungsrat der CGT. gehören u. a. die Genossen Jouhaux und Laurent, die kürzlich gelegentlich der Studienreise der Genfer Arbeiterdelegation u. a. die „Deutschen Werke“ besichtigt haben und deren Zeugnis von jedem objektiven denkenden Menschen viel mehr Gewicht beizulegen wäre als dem Kaffeehausstrategen des Nationalen Blocks. Schon vor dieser Rundgebung hatte einer der Teilnehmer an der Besichtigungsreise im Gewerkschaftsblatt „Peuple“ an einer von Besdore vorgebrachten Tatsache, die er restlos widerlegte, die Unstimmigkeit des „Anlagematerials“ nachgewiesen.

Aber auch von sozialistischer Seite ist man dem „Enthüller“ die Antwort nicht schuldig geblieben. Bereits während der Rede Besdores trat ihm der Führer der Fraktion Leon Blum entgegen, am nächsten Morgen ging ihm Marcel Sembat in einem Leitartikel des „Populaire“ von beider Ironie zu Leibe, und tags darauf veröffentlichte das gleiche Blatt einen offenen Brief Grumbach an Besdore, in dem auf die eigenen in dem Spandauer Werke gemachten Feststellungen und auf die Resolution des Leipziger Betriebsrätekongresses der deutschen Metallarbeiter hingewiesen wurde. Durch die Tatsache, daß die französischen Genossen jetzt ihrer internationalen Pflicht voll genügen, erübrigt es sich für uns, zu ihrer Aufklärung die Rede Besdores im einzelnen zu besprechen, zumal der Reichsanwalt Dr. Wirth bereits in einer Unterredung mit dem „Matin“-Berichterstatter auf die verschiedenen Behauptungen Besdores eingegangen ist. Zugleich aber soll uns diese Tatsache ein Ansporn sein im Kampfe gegen den militaristischen Gedanken im eigenen Lande. Und es soll bei dieser Gelegenheit ausgesprochen werden, daß die Haltung der Arbeitererschaft in der Heidenauer Fabrik, auf die sich Besdore stützte, um die Unzuverlässigkeit des deutschen Proletariats nachzuweisen, auch dann höchst bedenklich war, wenn die alliierte Kontrollkommission formal im Unrecht gewesen sein sollte, wie aus den Ausführungen Wirths hervorzugehen scheint.

Aus dem jetzt vorliegenden amtlichen Kammerbericht geht hervor, daß Besdores Rede mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Bei der geistigen Beschaffenheit des Nationalen Blocks hätte uns das Gegenteil gewundert. Es ist nicht lange her, und das linksbürgerliche Blatt „Devoir“ bezeichnete Herrn Besdore nach einer ähnlichen Warnungsrede als „patriote psychopathe“. Das war eine höfliche Art, ihm zu verstehen zu geben, daß sein Platz eher in Charenton wäre, im Pariser Daildorf, als im Palais Bourbon. Um so beständiger wirkt es, daß nicht nur der jetzige Kriegsminister Barthou, der ein allerberühmtester Chauvinist ist, sondern gestern auch der Ministerpräsident Briand die unbedingte Richtigkeit aller von dem „psychopathischen Patrioten“ vorgebrachten „Tatsachen“ verbürgt haben. Damit hat die französische Regierung offiziell die Behauptung Besdores auf eigene Kappe genommen, daß Deutschland alle Vorbereitungen für eine sofortige Robilmachung von sieben Millionen Soldaten getroffen habe, daß neue Eisenbahnlinien zu strategischen Zwecken im hinteren Teil des Schwarzwaldes von ihr gebaut worden seien und dergleichen mehr! So wird das französische Volk amtl. erseits gegen das deutsche ausgehetzt, so wird die Wiederkehr des wirklichen Friedenszustandes in Europa planmäßig verhindert!

Genug davon. Diese Art Weltbetrachtung und Menschenbeurteilung steht auf der gleichen Stufe geistiger Verfassung, wie die Auslassungen eines Kathederprügels, der seine Weisheit über Frankreich etwa folgendermaßen erschöpft: „Die Franzosen sind Sadisten und meistens syphilitisch. Ihre Kunst ist geschmacklos, ihre Frauen beschäftigen sich vorwiegend damit, die Ehe zu brechen. Sie sind im Vergleich zu uns entschieden minderwertig...“

So geht es nicht. Es ist nichts geholfen, den Teufel mit dem Besdore, Risch durch Risch zu verdrängen, eine Beschränkung durch die andere zu ersetzen. Es gilt nicht nur die Besinnung zu ändern, auch die Plattform zu erhöhen. Als ich dieses Buch einem Arbeiter zeigte, schrieb er hinter den Titel: „Der Mensch ist dumm“, ein bißchen zu grob, ... und die Professoren sind es besonders.“ Wäre die Vertreterin dieses Werkes nicht eine führende sozialistische Organisation, wäre sein Verfasser nicht eine leidlich prominente Persönlichkeit, wäre der Pazifismus nicht eine zu ernsthafte Sache, hätte ich das Buch wohlwollend übersehen.

Ein privater Hexenprozeß. Eine „Hexen“-Affäre, wie sie sonst die Geschichte in das dunkelste Mittelalter zurückdatieren muß, spielte sich vor kurzem in einem Dorfe in der Nähe von Lauenburg in Pommern ab, „im hellen Lichte des 20. Jahrhunderts“, wie ein Chronist einmal einen ähnlichen Fall glossiert hat. Eine ältere, alleinstehende Bäuerin zeigte, wie ihre Nachbarin zu beobachten glaubte, ein merkwürdiges und aufgeregtes Wesen. Nach vielem Überlegen und Beraten kamen die Nachbarinnen zu der Ueberzeugung, die Frau sei vom Teufel besessen und sei mithin eine richtiggehende Hexe. Die Gemeinde, wie die Besessene selbst können durch Austreibung des Teufels vor unabsehbar leiblichen und seelischen Schäden bewahrt werden. Zur Bewerksstelligung der Austreibung drangen die abergläubischen Weiber in die Wohnung der Frau ein, bemächtigten sich der vermeintlichen Besessenen und banden sie auf drei nebeneinandergelehnten Stühlen fest. Unter die Stühle legten sie ein Gefäß mit glühenden Kohlen, über die eine Schicht wundermirkender Kräuter gelegt war. Dabei gruppierten sich die Hexenrichterinnen um die Weibhauptsitze und singen laut an zu beten. Als ihnen dann nach kurzer Zeit der Qualm zu stark wurde, rückten sie aus, ohne sich irgendwie um das Schicksal der festgebundenen Frau zu kümmern. Glücklicherweise ward das Schreien der Mißhandelten alsbald von einem Vorübergehenden gehört. Der Passant drang in die Wohnung ein und schnitt die bereits halbtote Frau los. Die Befreite war kaum mehr lebend, sie wurde aufrecht gehalten und mußte dem Arzt übergeben werden. Die „Nichterinnen“ wurden alsbald festgesetzt und dem zuständigen Gericht namhaft gemacht.

Der Seekrankheitsapparat. Ungewöhnliche Versuche hat ein Arzt des Pariser Pasteur-Instituts Dr. Bogerski ausgeführt, um ein Heilmittel gegen die Seekrankheit zu finden. Er ließ sich von einem Ingenieur einen Apparat herstellen, durch den die Bewegungen eines Schiffes auf hoher See genau nachgemacht werden. Diese Maschine besetzte er mit einer gemischten Mannschaft von Rohen, Hunden, Tauben, Hühnern, Kaninchen und Meerschweinchen, und er fand,

Einem sehr ausführlichen Pariser Telegramm der „Europe-Agentur“ zufolge erwidert heute Besdore auf das „Matin“-Interview des Reichsanwalters. Er hält Punkt für Punkt seiner Behauptungen aufrecht. So bleibt er dabei, daß die neue strategische Eisenbahnlinie im Schwarzwald tatsächlich bestehe. Beweis: „Ein Reisender (!) habe sie gesehen.“ Nach dieser Probe wird man es begreifen, wenn wir auf die Wiedergabe der ganzen „Erwidern“ verzichten. Wir hoffen, daß Dr. Wirth sich auf eine weitere Auseinandersetzung mit einem Menschen, dessen Unzuverlässigkeit immer deutlicher zutage tritt, nicht mehr einlassen wird. Wir hoffen aber zugleich, daß sich Briand, Barthou und die übrigen Minister Frankreichs auch in Zukunft mit ihm für solidarisch erklären werden. Denn erst, wenn diese Gesellschaft von Querulanten und Psychopathen zum Gespött der ganzen Welt sein wird, wird man sie auch in Frankreich selbst nicht mehr ernst nehmen.

Radel über die „Vorwärts“-Enthüllungen.

Aus Moskau wird uns vom 5. Dezember geschrieben:

In der „Pravda“ vom 2., 3. und 4. Dezember veröffentlicht Radel eine Artikelreihe über die Enthüllungen des „Vorwärts“ und die Lage Deutschlands. Nach seiner Auffassung handelte es sich für den „Vorwärts“ darum, die Bildung einer Arbeiterregierung zu verhindern und die Koalition mit den bürgerlichen Parteien zu erhalten, darum habe er die Dokumente veröffentlicht, deren Wert Radel herabzusetzen versucht, wenn er auch zugibt: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Gedankengang, es sei möglich, die Arbeiterklasse auf künstlichem Wege in den entscheidenden Kampf zu ziehen, in einigen Kreisen der Partei Beifall fand und daß dies der Grund war für viele unverständliche Handlungen sehr guter Genossen.“ Die Partei habe aber mit Hilfe der Dritten Internationale „diese Versehen wieder gut gemacht“. Die Entente wüßte Arbeiterunruhen in Deutschland, für die man die Kommunisten verantwortlich machen könne, diese aber seien bei den letzten Hungerkrawallen nicht in die Falle gegangen. Die Arbeiterregierung sei für Deutschland eine Notwendigkeit der äußeren Politik, denn ihr sei die Unterstützung der ganzen internationalen Arbeitererschaft sicher. Die KPD. habe ihre Taktik der inneren Lage angepaßt, sie sei bereit, eine Arbeiterregierung mit allen Kräften zu unterstützen, ihre Beteiligung an ihr sei durchaus zulässig. Radel erwartet ein Scheitern der Verhandlungen über Anteile und Moratorium und setzt darauf große Hoffnungen für das Gelingen der kommunistischen Pläne.

Für die Tatsache, daß die KPD.-Zentrale die Märzaktion mit verbrecherischen Mitteln provoziert hat, ist es eine sehr liebenswürdige Umschreibung zu sagen, es seien „viele unverständliche Handlungen“ passiert. Auch ist nicht zu sehen, was die KPD. getan hat, um dieses „Versehen“, das Tausende von Arbeitern ins Unglück stürzte, wieder gut zu machen, diese Wiedergutmachung ist ganz der Sozialdemokratie überlassen geblieben. Erfreulich wäre es, wenn die KPD. wirklich ein für allemal auf jede Putsch- und Gewaltpolitik verzichtet hätte, dann müßte sie aber auch einsehen, daß eine Arbeiterregierung dann erst möglich wird, wenn sie sich auf eine sichere Mehrheit im Volk und in der Volksvertretung stützen kann. Eine Mehrheit für eine sozialistische — nicht bolschewistische — Politik zu schaffen, ist das Ziel, für das die Sozialdemokratie unablässig kämpft und das sie schon erreicht haben könnte ohne das verunflößte Treiben der Spielverderber von links.

Was Radel über den tatsächlichen Zweck unserer Veröffentlichungen zur Vorgeschichte des Märzputsches schreibt, ist leere Phantasie. Unsere Leser wissen, daß der parlamentarische Ueberfall, den die Kommunisten anlässlich des Völkchenburger Hungerstreiks auf unsere Partei inszenierten, den Anstoß zu unseren Veröffentlichungen gegeben hat.

Zeitungspreise auch in Oesterreich. Sämtliche Wiener Blätter veröffentlichten eine Erklärung ihrer Herausgeber gegen die von den Papierfabrikanten geplante Erhöhung des Papierpreises auf das Zehnfache des Friedenspreises. Die Herausgeber erklären, daß, wenn dieser Preis in Kraft tritt, der Bestand sämtlicher Blätter gelähmt ist und 20 000 Arbeiter und Angestellte, die in den Betrieben der Wiener Zeitungen beschäftigt sind, brotlos werden.

Der Mensch ist dumm.

Von Artur Zidler.

Die Friedlichkeit des Menschen ist Aufgabe der Erziehung. In der Schule, am Lehrbuch ist anzufangen. Die Züchtung nationaler Eitelkeit, die verbrecherische Aufregung jugendlichen Kraftgefühls zur Wehrhaft an Andersuniformierten waren die Wurzel alles Übels.

Die Frage der Beseitigung ist zugleich die des Erfapses. Wir brauchen Schulbücher, die den Massenmord zu verabscheuen, die Kultur anderer Völker zu achten lehren. Der Rationalismus unserer Schulbücher ist dumm und albern, leider war er darum nicht weniger wirksam. Er setzte voraus, daß die Masse der Untertanen nie in die Lage kommen würde, durch eigene Anschauung fremde Art und fremdes Wesen zu würdigen, so genügte die stumpfste Verzerrung.

Vor mir liegt ein eben erschienen Buch, das gegen die nationalstische Verblödung angeht: „Der Mensch ist dumm!“ Sämtliche Bilder aus der Geschichte der menschlichen Dummheiten.“ Verfasser ist der französische Gelehrte Charles Richet; die fleißige und geschickt kommentierte Uebersetzung besorgte der als Pazifist bekannte Professor Rudolf Berger. Das Buch ist darauf angelegt, Volksbuch zu sein. Es hat Vorzüge eines solchen. So ist es einfach und eindringlich geschrieben, hat manchmal Vogel und Wacht. Es wird wirken. Es schlägt den Krieg nicht einmal, es schlägt ihn hundertmal tot. Mit durchaus treffenden Argumenten. Das Buch beweist, daß der Krieg, in jeder Hinsicht, ein Verbrechen, dazu ein sinnloses ist. Aber der Krieg steht immer wieder auf.

Waran liegt das? Charles Richet tritt sich im Grunde. Der Krieg ist mehr, als er denkt. Mehr als eine Dummheit. Seine Wurzeln liegen tiefer, als Charles Richet glaubt, darum bleibt er oberflächlich. Sehr oberflächlich sogar. Ein Beispiel. Charles Richet spricht über die östliche Welt, die Kassen des Indischen Ozeans. Er schreibt: „Wir kommen nun zu den Gelben, von denen es im gesamten Asien triebelt und trabbelt und die Hälfte der Erde bedeckt ist (?)... Sie sind klein und häßlich und haben niemals aus jener halbbarbarischen Kultur herauszukommen vermocht, wie sie sie sich (!) vor langer, langer Zeit angeeignet hatten. Was sie an Persönlichem in ihrem Wesen haben, ist wenig empfehlenswert. Sie haben unförmliche Tempel gebaut, in denen das Gebet durch abzurollende Streifen Papiers erfolgt wird. Sie treiben reichlich Kindermord und Selbstmord. Nicht einmal ein leidliches Alphabet haben sie sich zu schaffen verstanden... Doch das eine muß ihnen zugegeben werden: in der Prostitution haben sie es schon sehr weit gebracht... Im Vergleich zu den Weißen sind sie entschieden minderwertig...“

daß die Hunde am stärksten von der Seekrankheit ergriffen wurden, während sich die Kaninchen und Meerschweinchen durch das Schwanken und Schütten überhaupt nicht in ihrem Wohlbefinden beeinträchtigen ließen, obgleich sie sechs Stunden lang dem „Ortan“ ausgelegt wurden. Bogerski will nun diese Unempfindlichkeit der Kaninchen gegen Seekrankheit zum Ausgangspunkt seiner weiteren Forschungen nach einem Mittel gegen diese Krankheit machen.

Das leichteste Holz. Das leichteste Holz, das wir bis jetzt kennen, ist das Holz des Balssa-Baumes, aber dessen interessante Eigenschaften E. Küster in der „Umschau“ berichtet. Der Baum wächst in den tropischen Wäldern Zentral- und Südamerikas und hat ein sich samtartig anführendes Holz, das dem einer hellen Fichte oder Lärche gleicht. Die Eingeborenen bauen sich aus diesem auf dem Wasser schwimmenden Holz seit uralter Zeit Hütten, und deshalb nannten die Spanier den Baum Balssa, d. h. Floß. Ein Kubikmeter des Balssa-Holzes wiegt durchschnittlich 140 bis 160 Gramm, also ein Drittel weniger als Holz; doch gibt es auch Stücke, bei denen der Kubikmeter nur 70 Gramm wiegt. Die außerordentliche Leichtigkeit kommt von dem Bau der Zellen her, deren Wände sehr dünn sind und große Mengen Luft einschließen, die beinahe 92 Proz. des ganzen Volumens bildet. Im gewöhnlichen Zustande saugt Balssa leicht, und dadurch konnte es zunächst dem Kork nicht erfolgreiche Konkurrenz machen. Nach langjährigen Forschungen ist aber ein geeigneter Konservierungsprozeß gefunden worden, der das Holz gegen das Verfaulen schützt. Daraufhin hat sich eine große Industrie in Amerika, hauptsächlich während des Krieges entwickelt, und die Einfuhr stieg mit jedem Vierteljahr. Es bildete sich eine Gesellschaft zur Verwertung des Balssa-Holzes, die mit einem Kapital von 50 Millionen Dollar arbeitet, und im Jahre 1920 wurden 5 1/2 Millionen Kubik Balssa in Amerika eingeführt. Deutschland hatte im Jahre 1920 nur eine Einfuhr von 350 Kilogramm; 1921 sind aber schon etwa 10 000 Kilogramm zu uns gebracht worden.

Ein Beispiel von Hundetanz. Ein bemerkenswerter Fall von Hundetanz wird aus Altkon in Kanton Zürich berichtet. Dort ging ein Jäger mit drei Hunden in den Wald; durch einen unglücklichen Zufall entlud sich seine Finte und verwundete ihn tödlich. Einer der Hunde lief sofort nach seinem Haus zurück und lud die Aufmerksamkeit der Familie durch Bellen zu erregen, aber die Hündinnen, die nichts Schlimmes ahnten, schlossen ihn in die Hundehütte ein. Der zweite Hund rannte zu dem Hause eines Freundes seines Herrn und versuchte auf dieselbe Weise dessen Aufmerksamkeit zu erregen, jedoch ohne Erfolg. Am anderen Tage, als man sich auf die Suche machte, fand man die Leiche des Vermissten infolge des sommerlichen Wellens des dritten Hundes, der bei dem toten Herrn geblieben war und ihn treu bewacht hatte.

Das amerikanische Erbe der Schindler. Ein sehr interessanter Fall von Schindler am Mittwoch im Marmoraal am Zoo in Stuttgart. Wastl. Die nächste Veranstaltung der „Niederländischen Antiquarvereinigung“ findet am Mittwoch, den 2. d. M., abends 8 Uhr, im Restaurant „unter Rindmühl“ von Wanda Scheibler, Knopf Gbel und Georg Diburg statt. Eintrittskarten zu ermäßigtem Preis (4 M.) bei Gorch und in der Gormärschbuchhandlung.

Der bayerische Bauernbund gegen rechts.

München, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Generalversammlung des Bayerischen Bauernbundes hat den bayerischen Reaktionsparteien große Enttäuschung bereitet. Sie lehnten nämlich so ziemlich alle Forderungen der bayerischen Reaktionsparteien ab, wie z. B. die Schaffung eines eigenen bayerischen Staatspräsidenten und die Erziehung einer bayerischen Gesandtschaft in Stuttgart und Karlsruhe. Die Debatte ergab, daß sämtliche Redner des Bayerischen Bauernbundes der Anschauung waren, daß die bayerische Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei) durch unverantwortliche Katastrophenpolitik die bayerische und die deutsche Politik schwer gefährdet habe und daß eine Koalition mit den Deutschnationalen von Seiten des Bayerischen Bauernbundes auf die größten Schwierigkeiten stoßen werde.

Fahrpreiserhöhung und Siedlungspolitik.

Aus Siedlerkreisen wird uns geschrieben: In der heutigen Morgennummer des „Vorwärts“ lese ich unter „Reichsbahn und Eisenbahnländer“, auf wie eigentümliche Weise das Defizit der Eisenbahn zustande kommt und errechnet wird. Man schätzt aber trotzdem anscheinend die breite Öffentlichkeit so uninteressiert ein, daß man sich schon wieder mit weiteren Erhöhungen der Fahrpreise befaßt, die erst am 1. Dezember um 30 Proz. hochgeschraubt worden sind. Mit dem 1. Februar — vielfach verlautet es sogar: bereits am 1. Januar — soll eine abermalige Erhöhung der Fahrkartenpreise um 50 bis 75 Proz. in Aussicht genommen sein; die „Tägl. Rundschau“ spricht in ihrer Montag-Abendausgabe sogar von einer Hinaufschraubung des Fahrpreises auf das Zwanzigfache der Friedenspreise. Den Bergnützungsreisenden, den Fahrgast aus dem Auslande mit hoher Valuta, den Handlungsreisenden, der die erhöhten Fahrkosten einfach auf seine Ware aufschlagen kann, mag das wenig berühren. Nicht aber den Siedler. Er, der sich aus persönlicher Neigung oder veranlaßt durch die Agitation, die für den Siedlungsgedanken mobil gemacht wurde, aufs Land hinauslocken ließ, steht sich allgemach Beförderungstarifen gegenüber, die ihm die Existenz erdarmungslos ruinieren. Denn auch seine Monats- oder Wochenkarte wird von der allgemeinen Verteuerung der Fahrkarte jedesmal prompt in Mitleidenschaft gezogen. Wohnt er nur 50 Kilometer von seiner Arbeitsstätte entfernt (etwa Fürstenwalde, Müchelsberg, Eberswalde, Wriezen), so muß er für die Monatskarte in der vierten Wagenklasse jetzt rund 135 M. zahlen. Tritt die neue Erhöhung in Kraft, dann wächst der Fahrpreis auf 200 bis 225 M. an. Bei einer Entfernung von 100 Kilometern (Frankfurt a. d. O., die Drifflungen am Plauer See usw., wo sich gleichfalls vielfach Leute angesiedelt haben) zählt er das Doppelte. Seine billige und bequeme Stadtwohnung hat er seinerzeit aufgegeben, teils aus Liebe zur Natur, teils um mitzuheizen, die Wohnungsnot zu mildern. Zurück in die Stadt, wo er selbstverständlich keine Wohnung findet, kann er nicht mehr. Sehr präsentiert ihm der Staat die Rechnung. Hier muß unbedingt eingegriffen werden, damit die eisenbahnfiskalischen Bäume nicht vollends in den Himmel wachsen.

Der Angestellte, der Arbeiter, der kleine Beamte, die das Hauptkontingent zum Siedlerstum stellen, können die geplanten Fahrpreise ganz unmöglich bezahlen. Mit jener Fahrkarte, die zum halben Preise die Fahrt zur Arbeit am Montag und die Fahrt von der Arbeit am Sonnabend gestattet, ist den Siedlern nicht geholfen. Sie, die auf eine lohntragende Erwerbsmöglichkeit angewiesen sind, haben die Stütze ihrer Siedlungsarbeit mit Absicht so gelegt, daß sie an jedem Abend sich für einige Stunden ihrer Familie und ihrem kleinen Anwesen widmen können. Diese Absicht soll und darf man ihnen nicht zerstreuen, denn man zerstört dadurch den ganzen Siedlungsgedanken überhaupt. Aufgabe der beschließenden Körperschaften ist es daher, hier schleunigt und gründlich die drohende Gefahr abzuwenden, die sich zu einer furchtbaren Katastrophe für zahlreiche Familien auszuweiten droht. Unsere Forderung ist: Gebt uns, die wir aus der Großstadt aufs Land hinausgezogen sind, Fahrkarten, die bei erschwinglichen Preisen zum täglichen Gebrauch berechtigen.

Der Kampf im Berliner Hoch- und Betonbaugewerbe.

Bekanntlich haben die Berliner Bauarbeiter sowie alle an dem Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerorganisationen den Schiedspruch des Bezirkslohnamtes abgelehnt. Es kam auf einzelnen Bauten zur Arbeitseinstellung. Die Folge war, daß der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin die Aufhebung der Einzelstreiks forderte, andernfalls er zu Abwehrmaßnahmen greifen würde. Der Aussperrungsplan war bereits vorbereitet und war an dessen Durchführung kaum noch zu zweifeln. Am Montag wurde von der Unternehmerorganisation das schärfste Geschick in Stellung gebracht, um die Berliner Bauarbeiter zu erdroffeln. Die noch in Arbeit stehenden Mitglieder der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände wurden mit einem Abkchreiben beglückt, der die Aussperrung ausspricht. Die Bauarbeiter Groß-Berlins werden sich damit abfinden. Sie haben schon so manche Feuerprobe bestanden und sind im Kampfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen groß geworden. Ihre Schuld ist es jedenfalls nicht, wenn das Wirtschaftsleben durch den Kampf mit dem Berliner Baugewerbe erneut erschüttert wird. Sie kämpfen nicht nur um des Kampfes willen, sondern um den Stundenlohn, der in anderen Orten bereits gezahlt wird, und den auch die Berliner Bauarbeiter benötigen, um leben zu können.

Groß-Berlin

Weihnachten naht...

Wer das wenig freundliche Treppenhaus im zweiten Hof des Vorwärtsgebäudes emporstieg, die schwere, geheimnisvolle Tür im dritten Stockwerk öffnete, wurde beim Eintritt in das renovierte Jugendheim angenehm enttäuscht. Die Farben waren zur rechten Zeit trocken geworden.

Der neugierige Beschauer wirft einen fragenden Blick auf das expressionistisch anmutende Stuhlhaus am Eingang und wendet sich einem der in der Mitte stehenden Tische zu. Künstlerischer Wand schmuck bietet sich dem Auge dar. Es war kein schlechter Gedanke, die Reproduktionen von Strich- und Kohlezeichnungen in den Mittelpunkt des Dargebotenen zu rücken. Als eine ernsthaftige Frage gemüßigt: Was „schmückt“ die vier Wände deiner Behausung? Hinweg mit dem schreiend-bunten Kitsch. — Zur Rechten liegt auf langen Tischen systematisch geordnete gute Literatur zu Betrachtung und Kauf. Förderer der Jugendarbeit finden die einschlägigen Schriften über die Arbeiterjugendbewegung und ihre Gegner zusammengestellt. Die kleine Broschüre von Julian Borchardt: „Wie sollen wir unsere Kinder den Weihnachtsfesten zelebrieren?“ sollte auch diesen Arbeiterkern auf den Weihnachtsfesten gelegt werden. An einem oherdings scheint es zu fehlen, auf die Psyche der jungen Menschen zugeschnittene Aufklärungsschriften. Im übrigen weist die ausgestellte Literatur die notwendige Zerteilung zwischen unterhaltenden und belehrenden Büchern auf. Das Bilderbuch für

Die Berliner Kommunalpolitik der SPD.

Konferenz über die Grundzüge und Richtlinien.

Die erste nach den Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen veranstaltete Konferenz der zur SPD. gehörenden Stadt- und Bezirksverordneten und Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder hörte ein Referat des Genossen Hugo Heimann über „Unsere Stellung in der Berliner Kommunalpolitik“. Die beste Richtschnur für unser Handeln sehe ich, führte Heimann aus, in dem gesunden sozialdemokratischen Denken und Empfinden der Genossen, die berufen sind, in unserer Verwirklichung sozialdemokratische Grundzüge zur Geltung und zum Durchbruch zu bringen. Das macht jedoch nicht überflüssig, für unsere kommunale Tätigkeit uns bestimmte Richtlinien zu ziehen, wenn solche auch nicht für alle Fälle passend festgelegt werden können.

Für unsere Partei sind in der Stadtgemeinde und in mehreren Verwaltungsbezirken die Verhältnisse schwieriger als vorher geworden, weil die Wahlen ein unbefriedigendes Ergebnis gebracht haben. Die unselbige Parteiloyalität, die Vergiftung des öffentlichen Lebens durch die von den Unabhängigen und den Kommunisten eingeführte Kampfmethode hat der Arbeiterklasse schwer geschadet. Wir haben bei der Wahl besser abgesehen, aber Schaden hat erlitten die Gesamtheit der Linksparteien und damit die Sache des Sozialismus. Doch auch unter diesen geänderten Verhältnissen muß

leitender Grundsatz

für uns bleiben, daß wir an jeder Stelle und mit aller Kraft mitarbeiten, um die Interessen der Arbeiter und der kleinen Leute zu wahren und zu fördern. Wir dürfen nicht beiseite stehen und den Bürgerlichen nach ihren in der Wahlagitiation gemachten Versprechungen folgen, daß sie zeigen wollen, was sie können. Es gibt freilich Situationen, in denen wir die Herrschaften darüber belehren müssen, wie begrenzt ihre Macht ist. Aber wenn wir Obstruktion bei jeder Gelegenheit machen, so könnte das die Bevölkerung schädigen. Bei manchen Fragen, wie es z. B. die der Erhaltung und Mehrung kommunaler Betriebe ist, handelt es sich darum, wichtige sozialistische Interessen mit allen Mitteln zu verteidigen.

Redner beleuchtete dann die komplizierte Situation, daß in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat und in manchen Bezirksverfassungen ganz verschiedene Mehrheiten bestehen. Daraus folgt die Notwendigkeit, Bundesgenossen zu suchen. Auf's allerbedingteste würde ich, sagte Genosse Heimann, es begrüßen, wenn wir mit den uns am nächsten stehenden Unabhängigen zu einer Arbeitsgemeinschaft kämen. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß in allen Lebensfragen des Sozialismus wir

gegen die Bürgerlichen in einheitlicher Front

mit den Unabhängigen und selbst mit den Kommunisten zusammenstehen müssen. Aber in vielen Einzelfragen haben auch die Unabhängigen sich bisher durchaus unzuverlässig erwiesen (Jurist: Sehr richtig!), weil sie gegenüber den radikal klingenden Thesen der Kommunisten ins Hintertreffen zu kommen fürchteten. Wir haben den Mut zur „Unpopularität“ gehabt, und es kann uns jetzt mit Genugtuung erfüllen, daß die Arbeiterklasse immer mehr, wie sich bei allen Wahlen der letzten Zeit gezeigt hat, uns als die besten Vertreter ihrer Interessen erkennt. Das muß uns darin bestärken, zwar jederzeit zur Verbindung mit den Unabhängigen bereit zu sein, aber nur auf der Grundlage, daß

den Abz-Schützen, Märchen und Bonfets Kinderroman von der Biene Maja für das noch Beschäftigung mit dem Unglaublichen suchende Kind, Soen Hedins Reisen für den an Abenteuern sich begeisternden Jahn- und Zwölfjährigen, die Bände der Klassiker für den fortgeschrittenen Schüler, gute Romane für Jung und Alt reihen sich aneinander. Leichtes Lektürematerial in sozialistische Gedanken- und Broschüren, die dem strebenden Arbeiter in langen Jahren fleißig und wert geworden sind, ergänzen das dargebotene Schrifttum. — Wiedermum auf einem Mittelstück harrn Tisch- und Brettspiele des Käufers. Im Hintergrund, beim Eintritt nicht sichtbar, hat die Abteilung für Wanderausstellungsgegenstände ihr Lager aufgeschlagen. Da findet die Jugend alles, was sie braucht: der Bursche Hemd, Hose, Kuchel oder Brotbeutel, das Mädchen Turnhose und Wanderkleid. Der Vermögende vermag sich außerdem eine ganze Aluminiumwirtschaft für die Wanderung zusammenzustellen.

Unter günstigeren äußeren Umständen soll die Ausstellung am nächsten Sonntag wiederholt werden. Wer sie veranstaltet hat, wer der Arbeiterschaft in teurer Zeit Gelegenheit geboten hat, ihre Weihnachtseinkäufe verhältnismäßig billig zu erledigen? Es ist ein Werk der Berliner Arbeiterjugend.

Im Kampf gegen den Leseschlund.

Die erste Veranstaltung der Neuköllner Jugendpflanzschule war ein Vortrag des Landgerichtsdirektors Hellwig (Potsdam) über den „Einfluß der Sekundärliteratur auf die Kriminalität der Jugendlichen“. Hellwig betonte, daß es in dieser Sache nicht auf die Abkcht, sondern auf die Wirkung ankommt. Die häufigen Zeitungs- und Zeitschriftenberichte über die Verurteilung der Gefangenen durch die Gerichte durch Sekundärliteratur seien, wie er feststellte, oft unzutreffend. Daraus folge aber nicht, daß nicht doch noch recht oft ein solcher Einfluß bestanden hat. Die Wirkung des Leseschlundes hängt ab von der Anlage des Kindes und von der Beschaffenheit der Umwelt, aber auch von der Erziehung. Besonders groß sei die Gefährdung der abnormen, psychopathischen Kinder. Beweise für die Sekundärliteratur keine Verbrechensursache ersten Ranges, sondern nur eine Hilfsursache. Ihre Wirkung sei in neuerer Zeit von manchem überschätzt worden, aber man dürfe sie doch auch nicht unterschätzen. Bei dem Kampf gegen die Sekundärliteratur seien neben den hemmenden Maßnahmen die aufbauenden die hauptfache. Ohne Gesetzesvorschriften werde man nicht auskommen.

In der Diskussion empfahl Stadtrat Schneider (Neukölln) ein aktives Vorgehen. Man hat in Neukölln den Schulkindern durch Austausch guter Bücher eine unfaßliche Menge Leseschlund abgerungen. Auch auf die Buch- und Papierhändler hat man erfolgreich eingewirkt. Kreisjugendpfleger Blume beklagte aus seinen Erfahrungen, daß es eine wichtige Aufgabe ist, auch die Händler für den Kampf gegen den Leseschlund zu gewinnen. In ähnlichem Sinne äußerten sich mehrere andere Redner. Jugendpfleger Timm wies auf die Mitarbeit der Jugendbewegung hin. Eine Entschleunigung forderte das in Aussicht gestellte Gesetz zur Bekämpfung der Sekundärliteratur.

Die mit der Jugendpflanzschule verbundene Ausstellung ist täglich von 10—10 Uhr gegen 50 Pf. Eintrittsgeld geöffnet. Zu den Vorträgen werden Gäste gegen 2 M. Eintrittsgeld zugelassen.

Emmi Baumann.

Ein fünftes Opfer des Massenmörders Großmann. Bekanntlich konnten bisher dem Mädchenmörder Großmann nicht weniger als vier Mädchenmorde nachgewiesen werden. Nunmehr haben die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergeben, daß Großmann auch ein Mädchen namens Emmi Baumann, dessen Personalleistungen bisher nicht festgestellt werden konnten, auf dem Gewissen hat.

die Verantwortung von beiden Seiten getragen wird, innerhalb und außerhalb. Auch Bundesgenossenschaft mit der Kommunisten kann vorkommen, wie z. B. jetzt, wo bei den bevorstehenden Wahlen zu den zentralen Deputationen die drei Linksparteien eine Listenverbindung eingehen, um gegenüber den Bürgerlichen besser abzuschneiden.

Heftigste wirtschaftliche Kämpfe

werden wir sehr bald mit den Bürgerlichen auszufechten haben. Die Demokraten sind noch ganz kurzem Aufschwung wieder auf das Niveau des alten Kommunalliberalismus hinabgefallen. Ihr erster und aufrichtigster Wunsch ist, die Kommunalbetriebe wieder dem Privatkapital zu erschließen. Hierin werden sie Unterstützung finden bei der Wirtschaftlichen Vereinigung und bei der Deutschen Volkspartei. Dagegen sollen bei den Deutschnationalen in dieser wichtigen Frage zwei einander entgegengesetzte Strömungen bestehen. Für uns ist nötig, daß wir eine feste, nicht hin und her schwankende Haltung einnehmen.

Das Verhältnis der Stadtverordneten zum Magistrat und der Bezirksverordneten zu den Bezirksämtern wünschen wir zu gedeihlichem Zusammenwirken so, daß unsere im Magistrat und in den Bezirksämtern stehenden Genossen an den Beratungen unserer Fraktionen teilnehmen. Wo Differenzen nicht zu beseitigen sind, müssen beide Teile in voller Loyalität die Verantwortung für ihr abweichendes Tun tragen.

Die Erfüllung unserer materiellen Forderungen wird jetzt durch die finanzielle Notlage Berlins sehr erschwert. Die große Mehrheit der deutschen Kommunen ist sogar in noch schlimmerer Not. Wie stände es um uns, wenn nur ein winziger Teil der für den Krieg vergeubten ungeheuren Mittel rechtzeitig für Kulturaufgaben verwendet worden wäre!

Genosse Heimann schloß: Die Arbeit in den Gemeinden ist erheblich schwieriger als in den Parlamenten der Länder und des Reiches. Es handelt sich um eine äußerst verwickelte Verwaltungstätigkeit, die Tag für Tag neue Probleme aus der Not der Zeit entstehen läßt. Auch wird die kommende neue Städteordnung, so nötig sie ist, durch neue Umwälzungen zunächst sehr störend auf die Verwaltung wirken. Doch all diese Schwierigkeiten dürfen uns nicht niederdrücken, sondern müssen unseren Arbeitsmut nur noch steigern. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion erwähnte Genosse Lüdemann, daß in Wilmersdorf die SPD. schon bei den Wahlen eine Listenverbindung mit den Unabhängigen eingegangen ist und daß dort unsere Fraktion die Unabhängigen als Hospitanten aufnimmt. Er vermutet, daß bei dem Ratsschrei der Städte ein Wunsch der Bürgerlichen, sich von kommunalen Steuern zu drücken, mißbräucht. Für unsere in der Verwaltung Berlins und der 20 Bezirke tätigen Genossen empfiehlt er Schaffung eines kommunalpolitischen Sekretariats. Der Vorsitzende, Genosse Franz Krüger, bedauerte, daß die Kostenhöhe das unmöglich macht. Gegen Lüdemann erklärte Genosse Heimann, daß ohne Hilfe vom Reich die Gemeinden nicht weiter können.

Dieser Konferenz sollen andere folgen. In ihnen sollen wichtige Einzelfragen erörtert werden, z. B. das Siedlungswesen, die Schulreform, die Kommunalisierungsfrage.

Seinerzeit wurde bei einer Durchsichtung der Wohnung Großmanns in der Langestraße ein Buch gefunden, auf dessen Deckel der Name Emmi Baumann stand. Es fiel sofort der Verdacht gegen ihn auf, daß auch dieses Mädchen dem Verbrecher zum Opfer gefallen ist, um so mehr, als alle Nachforschungen nach deren Verbleib ergebnislos blieben. Großmann wollte die näheren Personalien der Emmi Baumann nicht kennen. Der Kriminalpolizei ist es jetzt nach vielen Mühen gelungen, die Persönlichkeit dieses Mädchens festzustellen. Es handelt sich um eine 1902 in Kirchdorf in Mecklenburg geborene Emmi Baumann, die schon seit Jahren ihre Eltern verlassen und sich in Berlin umhergetrieben hatte. So wurde sie im Dezember 1920 gelegentlich einer Hotelkontrolle in einem Gasthause in der Kopenstr. 100 festgenommen. Bei der Aufnahme der Personalien leistete sie ihre Namensunterschrift und diese wurde mit dem Namenszuge auf dem bei Großmann gefundenen Buche verglichen. Dabei stellte sich heraus, daß diese beiden genau übereinstimmen und die damals festgenommene Baumann mit der bei Großmann wohnhaft gewesenen identisch ist. Es konnte weiter festgestellt werden, daß die Emmi Baumann, weil sie krank war, von der Polizei in das Birchow-Krankenhaus eingeliefert worden war. Dort wurde sie dann am 17. Januar d. J. entlassen. Im Februar oder März erhielten die Angehörigen der Baumann einen von Männerhand geschriebenen Brief, der aber die Unterschrift ihrer Tochter enthielt. In diesem teilte die Tochter mit, daß sie sich nun ab Emmi Baumann nennen werde. In einem zweiten Brief an ihren Bruder bat sie um eine Unterscheidung. Es besteht der dringende Verdacht, daß Großmann diese Briefe geschrieben hat, um das Verschwinden des Mädchens zu verschleiern.

Zur Aufklärung der Angelegenheit werden alle Personen, die diese Emmi Baumann kannten, gebeten, sich bei Kriminalkommissar Dr. Riemann zu melden. Das Bild der Baumann liegt im Postgepräsidium Berlin, Zimmer 34, aus. Uebrigens hat sich Großmann, der im Polizeigewahrsam zunächst völlig zusammengebrochen war, so daß seine Haftfähigkeit bezweifelt wurde, im Untersuchungsgefängnis wieder körperlich vollständig erholt.

Schwerer Straßenbahnunfall in der Stallher Straße. In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr stießen an der Ecke der Wiener und Stallher Straße ein Gaslorenz und ein Straßenbahnzug zusammen. Der Anhängerwagen des Straßenbahnzuges ist beschädigt. Der Straßenbahnkassner und ein Fahrgast wurden schwer, sechs weitere Fahrgäste leicht verletzt.

Schon wieder auf der Flucht erschossen. Beamte der Schutzpolizei überraschten bei einer Streife in der Laubentonia „Vereingete Grönländer“ den 24 Jahre alten Möbelpolierer Karl Warte beim Einbruch. Warte ergriff die Flucht und blieb auch auf Anrufen nicht stehen. In der Fruchtstraße schoß nun einer der Beamten hinter den fliehenden her und traf ihn so schwer, daß er benommen zusammenbrach und gleich darauf verstarb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Auf der Straße überfallen und niedergeschossen wurde in Neukölln der Former Richter aus der Kopenstr. 20. Der Mann wurde, als er sich in der Nacht auf dem Nachhausewege befand, an der Ecke der Bergstraße und des Hohenzollernplatzes von unbekanntem Männern angegriffen, die dann ihre Messer zogen und auf den Unwissenden einstießen. Mit schweren Stichverletzungen in den Kopf und in das Gesicht schleppte sich der Überfallene noch bis zu seiner Wohnung, brach dort aber zusammen und wurde auf Veranlassung eines Arztes nach dem Krankenhaus Budow gebracht. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Bund der Arbeiter (Konfessionslos). Dienstag, den 12. abends 8 Uhr, Versammlung bei Richter, Berlin-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 53.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunehmende Bewölkung bei zunächst strengem, später nachlassendem Frost und frischen südlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Gewerkschaftsbewegung

Verhandlungen im Hochbahnerstreik.

Heute nachmittags um 3 Uhr finden vor dem Demobilisationskommissar Verhandlungen statt über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 9. Dezember, den die Arbeiterchaft anerkennt, die Unternehmer jedoch nicht. Die Verbindlichkeitsklärung würde dem Streik ein Ende machen, was von dem sonderbaren Spruch, der gestern unbefugt abgegeben wurde, von dem „Hauptauschuss“, nicht zu erwarten ist.

Verhärfung des Portierstreiks.

Auf Veranlassung des Demobilisationskommissars fanden gestern erneute Verhandlungen statt, die jedoch wiederum ergebnislos waren. Die Hausbesitzer, denen die erneute Erhöhung der Mietzuschläge noch längst nicht genügt, erklärten wiederum, sie könnten ihre Portiers nicht besser bezahlen, trotzdem sie selber zugegeben haben, daß die jetzige Bezahlung durchaus unzureichend ist. Sie wollen die Mehrzahlung auf die Mieter abwälzen und für sich selber dabei noch eine Mehreinnahme heraus schlagen. Die Portiers sollen in diesem Spiel um höhere Mieten als Puffer mißbraucht, mit ihrer Existenz Schindluder getrieben werden. Die Streikenden haben nunmehr zur Verhärfung des Streiks etliche Blockstationen lahm gelegt, wodurch eine ganze Reihe von Betrieben an der Arbeit behindert wird.

Worunter die Arbeiter leiden sollen.

Der Aufsichtsrat der Riles-Werke Oberschöneweide und der Riele-Werke in Weihensee hat seit geraumer Zeit drei neue Direktoren eingestellt, die laut Anstellungsvertrag auf die Dienstwohnungen des Betriebes Anspruch haben. Den früheren Direktoren Leuberg, Schulz und Krümer gefällt es jedoch in diesen ihren ehemaligen Dienstwohnungen so gut, daß sie dieselben den ihnen angebotenen Austauschwohnungen vorziehen, da sie komfortabler und billiger sind. Die neuen Direktoren aber wollen ihre Entlassung nehmen, weil ihnen die vertraglich zugesicherten Dienstwohnungen nicht eingeräumt werden. Der Aufsichtsrat erklärt nunmehr, daß er sich außerstande sieht, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Er hat der Belegschaft von 1500 Mann angekündigt, daß sie am Sonnabend entlassen und der Betrieb geschlossen werden soll. Der Betrieb soll erst wieder eröffnet werden, wenn es gelingen sollte, ihn mit einer neuen Direktion, die der Aufsichtsrat nun suchen will, weiterzuführen. Die „Rote Fahne“ sagt mit Recht: „Wären es drei Arbeiter, die sich trotz Tauschangebot weigerten, die Wohnung zu räumen, dann würde sicher kurzer Prozeß gemacht, sie lägen längst auf der Straße.“

Gelingt es nicht unverzüglich auf dem Instanzenwege die Wohnungen zu räumen, dann stehen die 1500 Arbeiter vor dem Dilemma, entweder arbeitslos zu werden — oder selber die Dienstwohnungen für die Direktoren frei zu machen. Will man es dazu nicht kommen lassen, muß vorher Abhilfe geschaffen werden.

Entlassungen bei den Finanzämtern.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt: Obwohl in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die Einziehung der Besitzsteuern nicht erfolgt, weil die Steuerbehörden mit Arbeitern überlastet sind, nehmen die Finanzämter trotzdem fortgesetzt Entlassungen von Angestellten vor. Man will auch hier, wie bei den übrigen Behörden, die „Homogenität“ des Personals herbeiführen. In Zukunft sollen nur noch Beamte bei den Steuerbehörden beschäftigt und Militärämtern bevorzugt eingestellt werden. Von diesen Maßnahmen werden Angestellte betroffen, die zum Teil vor dem Kriege bei den Landessteuerbehörden tätig waren und den Steuerbehörden mit ihren Sachkenntnissen sicher nützlich sein können. Aber auch die während des Krieges in die Behörden gekommenen kaufmännischen Angestellten werden mit ihrer kaufmännischen Vorbildung und Kenntnis des Wirtschaftslebens nur zur besseren Erhebung der Steuern beitragen können.

Der Zentralverband der Angestellten hat das Reichsfinanzministerium wiederholt auf das Schädliche dieses Vorgehens hingewiesen und wird weiter für Wahrung der Rechte der Angestellten eintreten.

Direktor und Betriebsrat.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes schreibt uns: Eine eigenartige Auffassung von den Pflichten und Rechten eines Betriebsrates befindet Herr Plaga, Alexanderstr. 107. In dem Betriebe dieses Herrn sind zwei Betriebsräte, die zugleich die Interessen des in der Nähe liegenden Filialbetriebes zu vertreten

haben. Zwecks einer Information ließ die Beschwerdestelle des Schlichtungsausschusses des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich mit genannter Firma verbinden, um einem ratsuchenden Arbeiter dieses Betriebes zu helfen. Der Herr Direktor Plaga hat nun jedenfalls die Anweisung gegeben, alle Gespräche mit dem Betriebsrat von außen durch seine Kontrolle gehen zu lassen; kurzum, anstatt des Betriebsrates meldete sich Herr Plaga und wünschte zu wissen, aus welchem Grunde wir den Betriebsrat sprechen wollten. Auf unsere Antwort: „nur geschäftlich“ erklärte Herr Plaga, wenn der Verband für den dem Betrieb aus dem Gespräch entstandenen Schaden von dreitausend Mark auskomme, würde er das Gespräch weitergeben. Der Hinweis auf das Betriebsratsgesetz blieb erfolglos, da der mit diesem und ungelesenen gesellschaftlichen Gesetzen offenbar wenig vertraute Herr Direktor einfach den Hörer anhängte. Zwei weitere laßliche Versuche, den Herrn zu überzeugen, wurden in gleicher Weise, durch Anhängen des Hörers erledigt. Dieser lebenswürdige Vertreter des Unternehmertums scheint in seinem Betrieb noch üblere Umgangsformen an den Tag zu legen. Das Betriebsratsgesetz kümmert ihn überhaupt nicht. Bei Verhandlungen mit Arbeitern soll er noch uns übermittelten Angaben zu Tatsachen übergehen. Ein würdiger Vertreter der vornovemberlichen Periode!

Aus den Annahmestellen der Färbereien.

Der Zentralverband der Angestellten übermittelt uns zur Veröffentlichung folgendes Schreiben, welches ihm von einer Agentin einer Annahmestelle der Färberei „Lise“ zugegangen ist:

Ich erhalte laut Pachtvertrag vom 1. Juni 1920 20 Prozent von dem Umsatz der zum Färben und Reinigen angenommenen Sachen. Die Miete bezahlt die Firma, alle anderen Unkosten, Feuerung, Gas, Fensterputzen, Reinigung und sonstiges muß ich von meinen Prozenten bezahlen. Ich bekom in der Zeit bis jetzt 8 Prozent Zulage, meine letzte Einnahme im vergangenen Monat betrug 354 Mark, davon bezahlte ich alle Unkosten. Es sind auch Monate gewesen, wie Januar, Februar, Mai und Juni, wo ich nur 150 Mark Einkommen den Monat hatte. Durch Strümpferreden, das Paar anstricken 3 Mark, verbliene ich noch etwas. Als ich mein Leid der Aufsichtsbame mitteilte, erhielt ich zur Antwort, ich soll mich doch verheiraten, denn wir geben unsere Filialen sonst nur an verheiratete Leute ab, wo dieses Einkommen aus der Filiale ein Lohnschein für die Frau ist. Bei Pachtverträgen haben wir nicht nötig, Gehalt zu zahlen. Wenn es mir nicht paßt, dann soll ich gehen, es melden sich genug. Alle anderen verheirateten Frauen erhalten freie Wohnung und 10 Prozent von der Einnahme. Es sind alle zufrieden, daß sie eine Heiße haben. Ich wäre noch so schön dick und rund, es wird wohl noch nicht so schlimm sein. Mein Chef, der neulich hier war, teilte mir mit, daß er mir nicht 2 Prozent mehr zahlen könnte.“

Dieser Notzettel einer Agentin aus der Färbereibranche steht nicht vereinzelt da. Dabei können sich die Arbeitgeber dieser Branche solche Praktiken erlauben, weil diese Filialleiterinnen resp. Agentinnen meist ältere Angestellte sind, denen es in der heutigen Zeit schwer fallen würde, anderweitig Unterkommen zu finden. Diese Agentinnen fanden vordem in einem festen Anstellungsverhältnis als Filialleiterinnen, unterließen es aber, sich zur Vertretung ihrer Interessen ihrer Organisation anzuschließen. Der Verband ist dabei, diesen berüchtigten Agentenvertrag resp. Pachtvertrag, der durch den Arbeitgeberverband herausgegeben wurde, durch die ordentlichen Gerichte anzufechten. Er warnt dringend davor, derartige Agenten- oder Pachtverträge zu unterzeichnen.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission. In der am 10. Dezember abgehaltenen Sitzung hielt der Verbandsvorsitzende Genosse Lorenz ein Referat über den Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, der viel richtiger, wie der Referent treffend darlegte, als der Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Arbeitszeit heißen müßte. Der Obmann, Genosse Flemming, sprach sodann über die vorzunehmenden Wahlen zum Gesamtausschuss zur Handwerkskammer Berlin und bemängelte die zur Verfügung stehende kurze Zeit, in welcher sich die Wahl abwickeln muß. In den für-orgeausschuss für die Erwerbslosenfürsorge wurden die vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission aufgestellten Kandidaten, die Genossen Flemming, Hammer und Scheible und deren Erasmänner, die Genossen Laege, Mitsching und Hoffmann bestätigt.

Club der technischen Angestellten und Beamten. Heute 7^{1/2} Uhr Mitglieder-versammlung im Rindfleisch-Bekehrndel, Restaurant Hohenzollern, Hindenburgdamm 13a; Panom, Restaurant Binder, Breite Str. 34. — Mittwoch 7^{1/2} Uhr Mitglieder-versammlung im Rindfleisch-Bekehrndel, Restaurant Hohenzollern, Hindenburgdamm 13a; Panom, Restaurant Binder, Breite Str. 34. — Freitag 7^{1/2} Uhr Mitglieder-versammlung im Rindfleisch-Bekehrndel, Restaurant Hohenzollern, Hindenburgdamm 13a; Panom, Restaurant Binder, Breite Str. 34.

Wirtschaft

Preußische Landespfandbriefanstalt.

Von zuständiger Stelle wird über den Begehrntwurf zur Gründung der Preussischen Landespfandbriefanstalt mitgeteilt: Das Gesetz muß angehen werden als ein Teil der Ausführung der Reichsheimstättenangelegenheit; diese Ausführung ist Pflicht der Länder. Die Preussische Grundkreditbank sollte für besondere Zwecke der Heimstättenfiedlung (Klein- und Mittelhausbau) tätig werden. Sie ist ein zwingendes Bedürfnis. Die Rolle bei der Finanzierung der genannten Anwesen ist genügend bekannt. Die vorhandenen Realcreditanstalten der verschiedenen Gattungen haben nicht ausreichend die Mittel bereitstellen können, die unbedingt erforderlich waren, in Zukunft aber vermehrt erforderlich sein werden. Während die entsprechenden landwirtschaftlichen Fiedlungen Kreditanstalten an der Hand haben (Landkassen, Rentenbanken), fehlen solche für die städtischen und vorstädtischen Kleinfiedlungen jedenfalls mit der ausschließlichen Einstellung auf die genannten Zwecke. Wenn auch die öffentlichen Sparkassen, die Landesbanken, die Provinzialkassen, die Landesversicherungsanstalten und ähnliche Kreditanstalten nach Kräften, die Sparkasse hin und wieder in vorbildlicher Weise bemüht gewesen sind, den Anforderungen gerecht zu werden, so ist all diese Hilfe gleichwohl unzureichend gewesen.

Die staatliche Neugründung soll nicht die Gründung von Stadtkassen ausschließen. Auch er dient ja dem Gedanken eines gesunden und wohlfeilen Realcredits. Einsteilen muß aber amtlich festgestellt werden, daß Neugründungen stadtkassentlicher Art für die Provinzen, in denen bisher eine Stadtkasse begründet oder in der Gründung beabsichtigt ist, nicht in Frage kommen werden. Auch die seitens der Stadtkassen eingeleitete Gründung einer Zentralstadtkasse, die nahe vor der Vollendung steht, bedeutet keine Beilegung des vorliegenden Bedürfnisses. Das öffentliche Interesse an einer für das gesamte Preußen einheitlich arbeitenden öffentlich-rechtlichen Pfandbriefanstalt auf gemeinnütziger Grundlage ist also ohne weiteres gegeben.

Die genossenschaftliche Internationalität. Die Exekutive des Internationalen Genossenschaftsbundes hielt im November in London ihre erste Sitzung ab. Deutschland war durch Heinrich Kaufmann vertreten. Die Washingtoner Konferenz wurde begrüßt unter dem Ausdruck der Hoffnung, daß ihre Arbeit baldmöglichst zur Werrichtung der Länder führen werde. Die Exekutive betonte, daß sie dies ausdrücklich im Namen von 25 Millionen Genossenschaftlern der ganzen Welt, deren Vertreter in Basel ihre Hoffnung bekundet hätten, der fürchterliche Alpdruck des Krieges möge nicht all zu lange Monate zum Schaden für die Menschheit wiederkehren. Bezüglich der Rußlandhilfe wurde eine Abmachung getroffen, daß 25 Proz. der Beiträge Georaten zuzuführen sollen. Bezüglich der Internationalen Genossenschaftsbank wurde die Herausgabe eines Fragebogens an die bestehenden genossenschaftlichen Banken und Bankvereinigungen und spätere Einberufung einer Konferenz der genossenschaftlichen Fachleute in Paris oder Brüssel beschlossen. Das „Internationale Genossenschaftliche Bulletin“ wurde auf eine bessere internationale Grundlage gestellt; auch hinsichtlich des Umfangs wurden Maßnahmen getroffen. Für die Satzungen wurde der englische Text als maßgebend erklärt.

Aus aller Welt.

Versicherungsschwindel. In dem Prozeß gegen das Frankische Versicherungsunternehmen (Süddeutsche Transportversicherungsgesellschaft) in Frankfurt a. M. verurteilte das Gericht Frankl wegen Betruges und Vergehens gegen das Privatversicherungsgesetz zu sechs Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung heißt es, der Angeklagte habe unter dem Deckmantel einer Transportversicherungsgesellschaft gegen Aufrubrübden versichert. Die Bedingungen seien derart, daß niemand daraus hätte Nutzen ziehen können. Daß dies absichtlich geschehen sei, sei dem Gericht klar. Die Urteilsbegründung sagt mit Bezug auf einen Fall, in dem ein Gutseigentümer seine sämtlichen in Schiefen liegenden Güter mit zehn Millionen Mark gegen Aufrubr versicherte, es sei hier etwas Garantiert worden, was nicht hätte geleistet werden können, da es sich um eine junge Gesellschaft mit 300 000 Mark Kapital handelte.

Abbauungslück in der Schweiz. Beim Abbruch der alten Eisenbahnbrücke über die Neuh bei Luzern ging eine nicht explodierte Sprengladung beim Herauswerfen plötzlich los, wodurch zwei Ingenieure und ein Arbeiter getötet und vier Arbeiter schwer verletzt wurden.

Verantw. für den rebakt. Teil: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag: Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Für Weihnachten noch billige Preise!!

- Mäntel in molligen Stoffen, Allenhaut u. Laktono . . . M. 275⁰⁰ bis 1500⁰⁰
- Mäntel Astrachan u. Pflsch . . . M. 575⁰⁰ bis 2500⁰⁰
- Sport-Jacke in Flausch, Woll- u. Seidenstoffen . . . M. 165⁰⁰ bis 850⁰⁰
- Kleider in Cheviot, Popeline u. Gaherdine . . . M. 275⁰⁰ bis 1500⁰⁰
- Kleider in Feltrie, Taffet u. Crèpe de chine . . . M. 395⁰⁰ bis 2500⁰⁰
- Blusen in Sportelleneil und reinwollenen Stoffen . . . M. 49⁵⁰ bis 425⁰⁰
- Kostüm-Röcke in verschiedenen Stoffen und eleganten Feinstoffen . . . M. 97⁵⁰ bis 325⁰⁰

Besonders grosse Auswahl in Kleidern, Jumpers, Seidenblusen, Sportblusen und Mänteln.

Damen-Confektion
Elegant
Inh. Hermann Perl
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 46

Richard Lindner
BÜROBEDARE
Buchbinderel
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 36-37.
Stempel — Paltschaffe — Gravierungen
Brief-Ordner — Durchschreibebücher, 20/26

Das praktischste Weihnachtsgeschenk!

Linoleum

als Zimmetbe ag, Läufer, Teppich und Waschtischvorlage in großer Auswahl

WACHSTUCH

vom Stück und in fertigen Decken

Abtrete-, Kokos-, Schill- und Bismattonen

in allen Qualitäten und Größen

Bohrerwache-, Cirne und Linoleum-Gel stets vorrätig

Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten.

G. Bargende Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 79
Nähe Kurfürstendamm, Stolplatz 41/91.

PELZWAREN-SPEZIALHAUS

Eile zu Weile
119 Dresdener Str. 119



Größte Auswahl in Silberwölfen, Kreuz-, Zobel-, Alaska-Füchsen, Skunks! Pelzhüte elegant u. leicht Anfertigungen u. Neuarbeiten in eigener Werkstatt!
119 Dresdener Str. 119

Trauringe

Dukaten-Gold (900 gest.) 333-385 gest.

Jede Größe am Lager. Garantie-schein für gezeichnetes Gold. Nicht di-Rückgabe der Name bürgt für Qualität und Preiswürdigkeit.

Spezialhaus für neuosor Trauringe

Erich Fuhrmann, NW 87, Goltzkowskystr. 13.

Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch

Dringender Bedarf!

Kokoski faßt wieder Brillanten, Edelsteine

Platina, Gold- und Silberbruch

unser Gegenstände den höchsten Tageskurs

Direkte Verwertung

Brunnenstr. 168 Goldschmied mit vielen Vertief.

Teleph. Humboldt 9489 (Seit. 1909)

Platin

Gold-, Silber-, Zinn

Zinn

Biel, Kupfer, Quecksilber usw.

kauf zum Engrospreis

Scharnow, Langestr. 35 am Schloßpark Bahnh.

Alt-Metalle

Kupfer, Messing, Zinn, etc.

kauf zum höchsten Preis

Metallbörse Sawallisch

Potsdamer Str. 35.

Deutsche Edel-Eiköre

in erster Auswahl von 22 Karat. Weinschilde, Jem.-Num. Verord. französischen Kognak und Verschaltete daraus empfangen und verpackt in bekannter Qualität.

Georg Andree, Berlin C 25

Stiller-Fabrik und Weinhandlung

Wkt. Detail-Verkauf, Prenzlauer Str. 1/2

Brillanten

Gold- und Silber-Bruch sind bei der heutigen Valuta

große Werte!

Nur das reelle Juwelengeschäft, welches Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Gewähr für die bestmögliche Verwertung Ihres Schmuckes.

Otto Köppen, Juwelier,

Große Frankfurter Straße 105,

1 bis 7 Uhr. Ge. 10/101 1885

Passende Weihnachtsgeschenke

Puppenwagen, Puppenstuhlwagen, Kindermöbel usw., Metallbohrer, Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel

Fürst, Neukölln,

Hermannstr. 38, Ecke Mahlower Straße

Fabrik für Reibstien, Aufhängematten und Reibstien.

Fabrikpreise

Amstergamer Diamantenschleiferei

M. W. G. m. b. H.

Gegr. 1892, 180 Fiedrichstr. 100

kauft Brillanten, Juwelen

noch ganze Nachlässe bestand große

Posten gute Ware zu höchsten Kurs.

H. & P. Uder, S 616, Engeliner 5

Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabak

G. A. Hanewac-er, Gold-L. Lanoir, Eicken, Ravino

Odenkott, G 614-23-24, Moritzpl. 301A, 13729